

Geisenheimer Zeitung

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag;
Bezugspreis: 2.— Mark monatlich frei ins Haus oder durch die Post
in der Geschäftsstelle abgeholt 2 M.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Arthur Jander, Geisenheim.



General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Beilagszeile oder deren Raum für Geisenheim
25 %, auswärtiger Preis 30 %. Reklamezeile 90 %. Bei mehrmaliger Aufnahme
Rabatt nach Tarif. — Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Fernsprechanruf Nr. 123 Amt Rüdesheim am Rhein.

Nummer 129.

Dienstag den 2. November 1920.

20. Jahrgang.

Die Reichsregierung.

Der Reichstag hat zur Beratung des Etats die üblichen großen Debatten über die allgemeine Lage in Deutschland und unsere Beziehungen zum Ausland abgehalten, an welchen sich auch die Mitglieder des Reichskabinetts lebhaft beteiligt haben. Neues was ja wohl von keiner Seite erwartet worden: die Hoffnungen waren gering, die Befürchtungen überwiegen und die Erwartungen, daß sich schließlich doch noch mancherlei besser stellen wird, als heute vermutet wird, sind in ihrer Verwirklichung nicht von uns abhängig sondern von den Staatsmännern der Entente, die in letzten Jahre auch mehr als einmal gezwungen waren Gehrgeld in der Staatskassa zu bezahlen, wie in der letzten Zeit sogar Lloyd George in England. Vielleicht ist das doch etwas Einfluss aus und steigert die Erkenntnis, daß die Sorgen der einzelnen Staaten nur dadurch überwunden werden können, daß alle Regierungen in Europa sich vereint bemühen, die früheren Handels- und Verkehrsbeziehungen, wirklich in derselben Weise wiederherzustellen, wie sie bis zum Ausbruch des Weltkrieges bestanden haben. Daß darin die einzige Gewähr für eine künftige gesunde Weltwirtschaft und für die Abwehr von kommunistischer Extrabarganz besteht, sieht man letzten Endes wohl auch in Paris ein: man will nur vorher Deutschland zu unmöglichen Zahlungen zwingen, um selbst das Geld auf die hohe Kante legen zu können. Dann würde Deutschland aber eine Stätte der Dede in der Weltarbeit werden und damit den Kreislauf des Lebens in der internationalen Wirtschaft unterbinden. Kommt auf unsere eigene Einsicht für die Zukunft viel an, so kann doch erst die Einsicht der ganzen Entente das Werk des internationalen Handelsfriedens krönen.

Es ist heute gewiß keine große Freude, deutscher Reichsminister oder gar Reichskanzler zu sein, und Ministerkrise, die ohnehin die Kinderkrankheit junger Republiken sind und das schlechteste Zeichen betragter Republiken bleiben, wachsen daher häufig im Garter der inneren Politik, wenn sie auch nicht immer nach außen hin deutlich sichtbar werden. Aus dieser Beurteilung heraus ist wohl auf dem neulichen Parteitage in Kassel das Wort gesprochen worden, die Sozialdemokratie, die schon drei Reichskanzler (Scheidemann, Bauer und Müller) gestellt habe, könne vielleicht bald wieder in die Lage versetzt werden, abermals einen leitenden Staatsmann für das Deutsche Reich stellen zu müssen. Möglich ist, wie weiter oben gesagt ist, viel, aber darum braucht es nicht immer wahrscheinlich zu sein. Und wenn der deutsche Reichstag Staats- und Geschäftslage ist, so läßt er die Möglichkeit einer Kabinettskrise, die bei entsprechendem Willen ja nicht an den Haaren herbeigezogen werden kann, noch geraume Zeit hinaus ruhig auf sich selbst beruhen.

Vor Tatsachen soll man die Augen nicht verschließen, und die ersten lehren, daß die Vorbeeren der Sozialdemokratie bisher nicht auf dem Gebiete der Finanzen und des Auswärtigen, die für uns auf lange Dauer hinaus die wichtigsten bleiben werden, nachgelassen. Das haben ihre leitenden Männer ziemlich unumwunden anerkannt, sie wissen, daß sie sich als Finanz- und auswärtige Minister nicht den Tendenzen der fremden Regierungen mit ihren Prinzipien anpassen können. Um so schwerer ist also gerade für sozialdemokratische Minister die Aufgabe, den Reichsbankrott zu vermeiden und mit der Entente über die Ausführung des Vertrages von Versailles zu verhandeln. Daher dürfte es doch das Wahrscheinliche sein, um Krisenmöglichkeiten herumzugehen. Daß solche Krisen indessen nur ein Mittel sind, den trostlosen Stand des Marktfusses noch weiter herabzudrücken, soll nur nebenbei erwähnt werden.

Die schnelle Beilegung des großen Bergarbeiterstreiks in England gibt uns eine Warnung, wie sehr wir überhört werden, wenn wir die Zeit mit inneren Kämpfen verstreuen, statt tätig zu sein. Die Engländer haben sich wieder als Geschäftleute erwiesen, und den besten Geschäftsleuten, nicht politischen Theoretikern, gehört heute die Zukunft.

Stand der Steuerveranlagung.

Geringe Erträge aus den direkten Steuern.

Wie der Reichsfinanzminister in seiner Etatsrede erklärte, muß die Reichsfinanzverwaltung ihre Hauptaufgabe für die nächste Zeit vor allem in der restlosen Durchführung der Steuererhebung und der Einziehung der Steuern sehen. Das bisherige Veranlagungs- und Erhebungsgeheimnis hinsichtlich der Besitz- und Vertheilungsverhältnisse war zwar, wie der Reichsfinanzminister in einer dem Reichstag vorgelegten Denkschrift über den Stand der Steuerveranlagung darlegt, durch die Umgestaltung der bisherigen Finanzbehörden der Länder zunächst ungünstig beeinflusst. Es ist jedoch gelungen, der größten Schwierigkeit Herr zu werden und die Veranlagungs- und Erhebungsarbeit nicht unerschütterlich zu fördern.

Allerdings — und das ist gerade der wunde Punkt — stehen die bisherigen Einnahmen aus den direkten Steuern in gar keinem Verhältnis zu dem Einnahme-

post im Haushaltsplan. Wie wir der Denkschrift entnehmen, sind z. B. vom 1. April bis 30. September 1920 angekommen aus der Einkommensteuer 1,74 Milliarden Mark gegenüber einem Jahresantrag von 12 Milliarden Mark. Aus der Körperschaftsteuer, die mit 900 Millionen Mark veranschlagt ist, ist noch nichts angekommen. Die Kapitalertragssteuer hat 388 Millionen erbracht bei einem Jahresantrag von 1,3 Milliarden. Aus dem Reichsnotopfer sollen nach dem Haushaltsplan 3,5 Milliarden 1920 eingehen, der bisherige Eingang beträgt rund 810 Millionen Mark. Die Besitzsteuer, die mit 100 Millionen veranschlagt ist, brachte bisher nur 4,5 Millionen. Die Erbschaftsteuer, die auf 620 Millionen veranschlagt ist, brachte 67 Millionen Mark. Bei der Umsatzsteuer steht einem Jahresantrag von 3,65 Milliarden ein bisheriges Aufkommen von 541,2 Millionen gegenüber. Die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, die auf 4,3 Milliarden veranschlagt ist, hat bisher 144 Millionen herbeigebracht.

Reicher Ertrag der Stempel- und Verkehrsabgaben.

Gegenüber diesen ungünstigen Mindereinnahmen sind bei einzelnen anderen Posten bessere Ergebnisse zu verzeichnen, leider sind diese nicht gerade die größten Posten. Die Grunderwerbsteuer, die mit 220 Millionen Jahresantrag veranschlagt ist, hat bereits im ersten Halbjahre 202 Millionen erbracht. Bei den Reichsstempelabgaben hat die Abgabe der Stempel von Gesellschaftsverträgen im ersten Halbjahre 275 Millionen Mark erbracht, gegenüber einem Jahresantrag von 70 Millionen. Auch die Abgaben vom Personen- und Güterverkehr zeigen erfreuliche Mehreinnahmen. Vom Personenverkehr kamen 245 Mill. herein, bei 300 Mill. Mark Jahresantrag, vom Güterverkehr 259 Mill. bei 230 Millionen Jahresantrag.

Woher kommen die Mindereinnahmen?

So besorgniserregend die geringen Einnahmen aus den direkten Steuereinnahmen zunächst sein mögen, muß auf der anderen Seite beachtet werden, daß hier vielfach die Veranlagung noch nicht abgeschlossen war. Die Einnahmeziffern sind von Monat zu Monat im Steigen begriffen und haben sich sprunghaft bei den Steuern, deren Veranlagung durchgeführt ist oder vor dem Abschluß steht. Die Veranlagung der vorläufigen Einkommensteuer ist fast allgemein abgeschlossen, andererseits geblieben ist dabei im allgemeinen die auf Gehälter und Löhne entfallende Steuer, die nur in der Form des Lohnabzuges erhoben wird. Die Veranlagung zur Körperschaftsteuer konnte bisher mit Rücksicht auf die dringenden Veranlagungen der übrigen Steuern noch nicht durchgeführt werden. Zur Kapitalertragssteuer wird u. a. bemerkt, daß anzunehmen sei, daß viele steuerpflichtige Kapitalerträge, insbesondere private Schuldzinsen, bisher nicht versteuert worden sind. Bei der Nachprüfung werden nachträglich die unversteuerten Kapitalerträge erfasst werden.

Das Veranlagungsgeheimnis zum Reichsnotopfer

erfordert eingehende Prüfungen und schreitet daher nur langsam vorwärts. Um aber trotzdem baldigst erhebliche Beträge auf das Reichsnotopfer einzubekommen, ist in einem in Kürze vorzulegenden Gesetzentwurf eine beschleunigte vorläufige Veranlagung vorgesehen. Bei der Umsatzsteuer sind größere Einnahmen erst aus der ersten und zweiten Zugsteuer-Veranlagung zu erwarten. Die Veranlagung der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs wird in der Hauptsache bis Ende November zu Ende geführt sein. Das vorläufige Veranlagungsgeheimnis der Abgabe mit insgesamt nahezu 8 Milliarden Mark übersteigt den Haushaltsantrag von 4 1/2 Milliarden Mark ganz erheblich. Es darf daher die Erwartung ausgesprochen werden, daß die tatsächlichen Einnahmen über den Voranschlag hinausgehen werden.

Der reiche Ertrag der Stempelsteuern erklärt sich aus vielen Neugründungen von Gesellschaftsunternehmen und den zahlreichen Kapitalerhöhungen, die durch die Entwertung des Geldes und den gesteigerten Bedarf an Betriebskapital verursacht wurden.

Die Reichsfinanzbehörden sind der Ansicht, daß eine übermäßige Beschleunigung des Veranlagungs- und Erhebungsgeheimnisses nur flüchtige Vorteile und daher ohne Zweifel eine empfindliche Einnahmehinrich für das Reich zur Folge gehabt hätte. In den erhöhten Anforderungen war um so mehr Platz zu halten, als die Reichsfinanzverwaltung noch im Ausbau begriffen ist und ihre volle Leistungsfähigkeit bisher noch nicht erlangt hat.

Dr. Simons im Reichstag.

— Berlin, 29. Oktober 1920.

Dritter Tag der politischen Aussprache.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine Anfragen. Der Heimtransport der in Sibirien befindlichen deutschen Kriegsgefangenen ist in vollem Gange. Man rechnet damit, daß der größte Teil der Gefangenen vor Beginn des Winters abtransportiert wird.

— Wegen die Beschlagnahme deutschen Adergeländes zur Errichtung von Flugzeughallen für die französischen Besatzungstruppen im Rheinland hat die deutsche Regierung vergeblich protestiert.

In der großen politischen Aussprache erhält dann das Wort Reichsaussenminister.

Dr. Simons:

Der Standpunkt des Grafen Westarp, der Friedensvertrag sei erschaffen und bestünde daher nicht für uns, kann von der Regierung nicht geteilt werden. Wir müssen die einmal übernommenen Verpflichtungen als international verbindlich ansehen und so weit wie möglich ausführen. Die vielerörterte angebliche Forderung von 810 000 Reichsmark ist zunächst nur die Feststellung der angemeldeten Schäden. Die Forderung als solche müßte auch von der deutschen Regierung anerkannt werden. Die Zerstörung von Kriegsmaterial, zu der wir verpflichtet sind, darf von der deutschen Regierung selbst veranlaßt werden. Hierin gehört auch die Forderung nach Zerstörung der Diesel-Motoren.

Auf einen ähnlichen Protest der deutschen Regierung ist die Anordnung, die Motoren zu zerstören, bis zur Entscheidung durch die Besatzungskommission hinausgeschoben worden. Die Zerstörung wäre vom wirtschaftlichen Standpunkt geradezu widersinnig. Der Wert dieser Motoren beträgt mindestens 1 1/2 Milliarden und ebenso viel würden die Kosten für die Wiederherstellung betragen. Ein Ersatz der zerstörten Maschinen ist unmöglich; zahlreiche Betriebe müßten eingestellt werden. Auch das Kohlenabkommen von Spa würde unausführbar werden, da wir alle Kraftquellen anwenden müssen, wenn wir unseren Verpflichtungen nachkommen wollen. (Lebhafte Zustimmung.) Erfreulich ist, daß England an dem Verprechen der

Genfer Konferenz

teifhaft aus dem Gedanken heraus, daß das Problem der Wiedergutmachung nur durch mündliche Besprechung zu lösen ist. Im Interesse der deutschen Finanzwirtschaft muß gefordert werden, daß wir in der Wiedergutmachung zu einer schnellen Verständigung gelangen. (Sehr richtig.) Unerbört ist unsere finanzielle Belastung durch die Besatzungstruppen. (Sehr richtig.) Einen Antrag auf Aufnahme in den Botschaftsbund zu stellen, würde der deutschen öffentlichen Meinung nicht entsprechen. Ein schwieriges Kapitel unserer auswärtigen Politik ist Polen. In Paris werden jetzt über Danzig die Wärfel fallen. Daß Danzig nicht mehr deutsches Land wird, ist sicher. Danzig ist aber durch und durch deutsch. Hier kann man sagen: Wenn die Menschen schweigen, werden die Steine reden! (Lebhaft Bravo!) Ganz Europa ist daran interessiert, was aus der oberschlesischen Kohle wird. Eine Abstimmung ist eigentlich unnötig, das Land gehört zu Deutschland.

Abg. Straßmann (D. Rp.) befaßt sich in der Hauptsache mit der Sozialisierungsfrage. Er sucht eine praktische Lösung der Streitfragen in der Kapitalbeteiligung der Arbeiter. Auf diese Weise ist die Möglichkeit gegeben, auch die Frage der Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung zu lösen. Die Vertreter unserer Industrie wünschen eine solche Kapitalbeteiligung. 140 000 Arbeiter, von denen jeder 1000 Mark anlegt, ergeben eine Kapitalbeteiligung von 140 Millionen Mark. Das ist ein ganz gewaltiger Einfluß der Arbeiter im Werke selbst. Damit wäre die Gewähr einer Produktionsförderung gegeben. Wir begrüßen die Erklärung des Reichsministers, daß das Gesetz für Oberschlesien kein Präzedenzfall für andere Reichsgebiete ist. Wir wollen keine Auslösung Preussens. Den Geist der Revision des Friedensvertrages müssen wir mit allen Mitteln fördern. Dann werden wir einer geordneten Zukunft entgegengehen. (Beifall.)

Abg. Crispian (Rechts-L. Soz.): Die Rede des Reichskanzlers war eine Bankrotterklärung. Die Stilllegung der Hochöfen ist eine Vorbereitung zum Kampf gegen die Arbeiter, die sozialisieren wollen. Die Sozialisierung ist eine Machfrage. Was an uns liegt, wollen wir ausbringen für diesen Kampf, der nur der erste Schritt zu unserem Endziel ist, der politischen Macht der Arbeiterklasse.

Nach Crispian spricht noch in siebenter Abendstunde der bekannte Führer der Bayerischen Volkspartei Dr. Heim, der sich mit scharfen Worten gegen die Ausführungen seines Vorredners wendet. Am Sonnabend wird die zweite Rednergarnitur zu Worte kommen.

— Berlin, 30. Oktober.

Das Recht auf Revision.

Erst am vierten Tage der politischen Aussprache kommt heute der Redner der Demokratischen Partei Reichsminister a. D. Schiffe, an die Reihe. Er benutzte die Gelegenheit, um immer wieder nachdrückliche Verwahrung gegen den Versailler Vertrag einzulegen. Das Unrecht, das in ihm verkörpert ist, muß immer wieder gekennzeichnet werden. Daß Wilson nicht an seiner vierzehn Punkten festgehalten hat, ist ein Verbrechen an der ganzen Welt gewesen. Wir haben ein uraltes Recht auf die Wahrung der Allierten. Auch auf die Revision des Vertrages haben wir ein moralisches, wie uraltes Recht. Der Botschaftsbund

zum Wespott der Welt geworden. Der Redner richtet an die Regierung die Bitte, das Gesetz über Ober-
[Sch]affen tunsicht zu beschleunigen. Zu erwägen ist
eine Gewinnbeteiligung der Arbeiter am Kohlenberg-
bau. An die Prüfung der Sozialisierungsorschläge
werden wir von dem Gesichtspunkte aus herantreten
daß die freie Initiative nicht vernichtet wird. Nun
bei einer Förderung der Produktion ist der Achtstunden-
tag wirklich eine Errungenschaft. Allgemeiner Preis-
abbau und damit Lohnabbau kann erst eintreten, wenn
genügend Güter erzeugt werden. Auf die Mitarbeit
der Sozialdemokratie haben wir immer Wert gelegt.
Von der Regierung verlangen wir, daß sie tatsächlich
regiert. Die Regierung ist nicht der Bediente des
Parlaments. Sie hat nach ihrer Überzeugung zu han-
deln. Unser Vertrauen muß sie zur Erfüllung ihrer
schweren Aufgabe fähig machen.

Abg. Däumig (U. Soz. links): Auch wir werden
alles tun, um den Versailler Vertrag unwirksam zu
machen. Die Streiks in England und Frankreich sind
Sturmzeichen. Wir sind Verfechter eines Systems, das
mit dem ganzen parlamentarischen Plunder aufräumer
wird. (Beifall bei den U. Soz.)

Die Grenzüberschreitungen nach Litauen.

Nach Däumig kommt mit dem früheren Reichskanz-
ler Hermann Müller (Soz.) die zweite Rednergarnitur
in die Reihe. Er bringt wenig Neues. Wie alle
eine Vorrede ist er der Ansicht, daß eine Revision
des Friedensvertrages kommen müsse; wir müssen aber
— so fügt er hinzu — auch über die Wiederherstellung
hinaus wieder gutmachen. Der Redner kommt dann auf
die Vorgänge an der ostpreussischen Grenze zu spre-
chen: „Die Fälle der Grenzüberschreitungen durch be-
waffnete Haufen nach Litauen mehrten sich in auffäl-
liger Weise, wie mir das vorliegende nichtöffentliche
Material beweist. (Zuruf rechts: Ist das Material für
die Entente? — Unruhe links.) Warum wird die Reichs-
wehr nicht zum Grenzschutz zwecks Verhinderung der-
artigen Ueberschreitungen herangezogen?“

Reichswehrminister Seidler: Ueberschreitungen bewaffne-
ter Haufen mit einer derartigen Ausrüstung wider-
spricht, besonders, wenn die zuständigen Behörden
sich davon gemerkt hätten. Mir ist amtlich mitgeteilt
worden, daß diese Nachrichten aber übertrieben sind.
Hört! hört! Wenn irgendwo Bedenken bestehen, so
sollte die militärische Grenzperre verhängt werden.
Wir haben dabei mit großen Schwierigkeiten zu kämp-
fen, weil wir in ganz Ostpreußen nur 14 000 Mann
haben. Darauf wird die Verhandlung abgebrochen.
Der Etat geht an den Haushaltsausschuß. Die poli-
tische Aussprache soll aber in der nächsten Woche fort-
gesetzt werden.

Donnerstag 3 Uhr: Weiterberatung.

Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, 29. Oktober 1920.

Die preussische Verfassung.

Nach Abschluß der allgemeinen Aussprache tritt
das Haus heute in die Einzelberatung des Verfas-
sungsentwurfes ein. Der grundlegende Paragraph ge-
langt in folgender Fassung zur Annahme: Preußen
ist eine Republik und Glied des Deutschen Reiches.
Die nach der Reichsverfassung erforderliche Zustimmung
Preußens zu Gebietsänderungen erfolgt durch Gesetz.
Die Landesfarben sind schwarz-weiß. Die
übrigen Paragraphen werden größtenteils in der Aus-
schußfassung angenommen. Träger der Staatsgewalt
ist die Gesamtheit des Volkes. Alle über 20 Jahre
alten deutschen reichsangehörigen Männer und Frauen
die in Preußen ihren Wohnsitz haben, sind stimmberech-
tigt. Das Wahlrecht ist das gleiche wie im Reich.
Das Wahlrecht der Soldaten ruht. Ein Antrag der
Rechten auf Einführung eines Staatspräsidenten wird
abgelehnt, desgleichen die sozialistischen Anträge auf
Einführung nur zwei- bzw. dreijähriger Legislatur-
periode des Landtags.

Es folgt die Beratung des Abschnittes über den
Staatsrat.

Abg. Dr. Hochsch (Dnat.): Im Staatsrat muß eine
wesentliche Zahl der Sitze von Vertretern der Berufs-
stände eingenommen werden. Wir beantragen, daß die
Zahl 100 nicht übersteigt, und daß die Sitze auf Land-
wirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe, Beamte,
Kunst, Handwerk, Wissenschaft und freie Berufe verteilt
wird.

Abg. Ludwig (Rechts-U.-Soz.) lehnt den Staatsrat
in jeder Form ab.

Abg. Dr. Leidig (D. Vp.): Nicht nur die Selbst-
verwaltungsorgane, sondern auch die Organisationen kul-
tureller und wirtschaftlicher Art müssen im Staats-
rat vertreten sein.

Sonabend 11 Uhr: Weiterberatung.

— Berlin, 30. Oktober.

Die preussische Verfassung.

Das Parlament setzte am Sonabend die zweite
Beratung des Verfassungsentwurfes bei den Bestim-
mungen über den Staatsrat fort. Ueber diese Ein-
richtung entwickelte sich sofort eine längere Debatte.

Abg. Heilmann (Soz.) stimmt dem Staatsrat in
der Form, die ihm die Vorlage gebe, nur deshalb zu,
weil er die Stellung Preußens möglichst wenig zu
schwächen scheine.

Abg. Preuß (Dem.) bezeichnet es als das Entschien-
dende, daß die Grundlagen des Staatsrates demo-
kratischer Natur sind. Es gebe keinen anderen Weg, Preußen
so lange zu erhalten, als durch eine Dezentralisa-
tion, die das Mitreden und Mitwollen aller gestatte.

Staatssekretär Freund: Die Staatsregierung be-
zweifelt den Staatsrat und wird freudig und ohne Miß-
trauen die Mitarbeit der Provinzen aufnehmen.

Abg. Menckel-Stettin (Dnat.): Je einflussreicher
das parlamentarische System auf die Geschicke des Staates
einwirkt, desto notwendiger ist eine berufständi-
sche Erste Kammer. Auf dieser Grundlage muß
der Staatsrat ruhen.

Abg. Dr. Lauscher (Ztr.): Wir Rheinländer
sehen in der ganz überwiegenden Mehrheit zu unserem
Vaterlande. (Stürmischer anhaltender Beifall.) Der
Einfluß der Provinzen auf die Zentrale des Gesamt-
staates muß im Interesse des Ganzen erweitert werden.

Abg. Dr. Leidig (D. Vp.): Das Opfer der Zer-
stückelung Preußens ist zur Aufrechterhaltung der deut-
schen Einheit nicht nötig. Ich bin ein Preuße, will
in Preuße sein. (Leb. Beifall rechts.)

Abg. Dr. Lauscher (Ztr.): Der Staatsrat gibt das
Mittel, die Aulisse, die der preussische Staat amischen

dem Meiste und den Provinzen diuier, immer schwächer
werden zu lassen, bis die Provinzen ganz im Reiche
aufgehen. Preußen ist brüchig geworden. Das
beweisen die Ablosungsbestrebungen. Wir müssen uns
nach einer anderen politischen Form umsehen, damit
Deutschland erhalten bleibt. (Beif. im Zentrum, Zi-
schen rechts.)

Abg. v. Kries (Dnat.): Gewiß wollen wir Deutsch-
lands Größe, aber die ist ohne Preußen unmöglich.
Die Provinzialautonomie darf nicht übertrieben werden.
Wir wollen Preußen aufrecht erhalten als Stütze der
Ordnung, als Rückgrat des ganzen deutschen Vater-
landes. (Stürmischer Beifall rechts.)

§ 24a, der die Bildung des Staatsrates vor-
sieht, wird schließlich unter Ablehnung der Abände-
rungsanträge angenommen.

§ 24b bestimmt die Zusammensetzung des Staats-
rates aus Vertretern der Provinzen. Auf je 500 000
Einwohner entfällt je ein Vertreter. Jede Provinz
entsendet mindestens drei Vertreter. Die Grenzmark
Posen-Westpreußen gilt als Provinz. Der Paragraph
wird nach längerer Debatte mit großer Mehrheit an-
genommen.

Das Haus erledigt noch eine Anzahl weiterer Para-
graphen ohne Aussprache und vertagt dann die Weiter-
beratung auf Donnerstag, den 4. November.

Englands Konkurrenzneid.

Die Unterbindung des deutschen Luftverkehrs.

Das bereits seit einigen Tagen angekündigte Verbot
der Entente gegen den Luftverkehr in Deutschland ist nun-
mehr bei der Friedensstelle des Auswärtigen Amtes ein-
getroffen und von dieser an das Reichsamt für Luft-
und Kraftfahrwesen weitergeleitet worden. Das Reichs-
amt ist zurzeit damit beschäftigt, einen Protest gegen diese
neue Verengung der deutschen Flugzeugindustrie an-
zuarbeiten, von der diesmal die Kumpferwerke und die
Deutsche Luftreederei betroffen worden sind.

Die Entente behauptet in ihrer Note, daß die Ge-
sellschaften die Bedingungen, unter denen die Flugzeuge
ihnen überlassen worden sind, verletzt hätten, und ver-
langt die interalliierte Ueberwachungskommission deshalb,
daß die genannten Gesellschaften die Flüge einstellen und
ihre Flugzeuge da belassen, wo sie jetzt sind.

Bekanntlich hat die interalliierte Ueberwachungs-
kommission in Wien zwei deutsche Postflugzeuge aus
München beschlagnahmt und an der Rückfahrt nach
Bayern verhindert. Ein ähnlicher Vorfall hat sich in
Königsberg zugetragen. Im Anschluß daran hat die
Entente die oben erwähnte Note übergeben, in der ein
Flugverbot über die Kumpferwerke und die Deutsche
Luftreederei ausgesprochen wird. Nach Ansicht der zu-
ständigen Reichsbehörden bieten beide Fälle keinerlei
Grundlage zu einem Flugverbot. Die für den außer-
deutschen Luftverkehr von den deutschen Firmen be-
nutzten Flugzeuge waren sämtlich von der Entente
für den Luftverkehr freigegeben worden, nachdem
die deutschen Firmen sie von dem von der Entente
beschlagnahmten Lager deutscher Flugzeuge zurückge-
kauft hatten. Das neue Vorgehen der Entente läßt
also einer zweiten Beschlagnahme gleich.

Merkwürdig muß es vor allem berühren, daß wäh-
rend des ganzen Sommers deutsche Auslandsflüge nach
Schweden, Dänemark und Holland stattfinden konnten,
ohne daß auf Seiten der Entente auch nur der leiseste
Widerspruch erhoben wurde. Die Begründung in der
Ententenote ist daher nicht stichhaltig. Man wird den
tiefsten Grund vielmehr, wie in der Dieselmotorenfrage,
janz irgendwo anders suchen müssen. Die Beschlag-
nahme der deutschen Verkehrsflugzeuge in Wien und
das unmittelbar darauf erlassene Flugverbot bildet
den Auftakt zu dem rücksichtslosen Kampf, den
die Entente, und vor allem wieder England,
gegen die deutsche Luftverkehrsindustrie

auf dem Weltmarkt führen will. Durch den Friedens-
vertrag war die deutsche Flugzeugindustrie auf sechs
Monate stillgelegt. Dieses Verbot ist noch nicht auf-
gehoben worden, angeblich weil Deutschland noch nicht
umfänglich 12 000 Flugzeuge zerstört bzw. abgeliefert
hat. Die 1. Note besagt nun, daß die Zerstörungs-
und Ablieferungsarbeiten weiter fortzusetzen sind und
erst vom Zeitpunkt deren Beendigung ab, der dann
von den Beauftragten der Alliierten bekanntzugeben
ist, beginnt eine dreimonatige Frist, innerhalb
derer auch noch das Bau- und Flugverbot besteht.
Daß die Beauftragten sich nicht beeilen werden, den
Zeitpunkt bekannt zu geben, um so eine lange Ver-
schiebung zu erreichen, muß als bestimmt angenommen
werden.

Der Zweck des Flug- und Baubots ist, den
gefrachteten deutschen Konkurrenten möglichst lange
vom Weltmarkt zu verdrängen, damit sich die Entente
und vor allem Frankreich und England, den Absatz
markt für seine Tausende überzähliger Kriegsflyzeuge
sichern kann. Diese Schikanen können der deutschen
Industrie und Technik auf die Dauer nichts anhaben.
Nur vor kurzem haben die maßgebenden amerikani-
schen Militärbehörden anerkannt, daß die deut-
schen Metallflugzeuge „die besten Flugzeuge der Welt“
sind. Dies ist uns der beste Beweis, daß die deutsche
Industrie ihren Siegeszug trotz aller Ententeränke wie-
der aufnehmen und ihren Platz auf dem Weltmarkt
zurückerobern wird.

Die Dieselmotoren.

Die Denkschrift der deutschen Regierung.

Die deutsche Regierung hat am Freitag in Paris
eine Note und eine Denkschrift über die Frage der
Dieselmotoren überreichen lassen. Die umfangreiche
Denkschrift setzt in erster Linie auseinander, weshalb
die Förderung der Zerstörung der Dieselmotoren deut-
scherseits als im völligen Widerspruch mit
dem Friedensvertrag, besonders dem Paragraphen
189, angesehen wird. Sie beschäftigt sich so-
dann mit den einschneidenden wirtschaftlichen Folgen,
die die Zerstörung für Deutschland haben würde.

Der Artikel des Friedensvertrages spricht nur da-
von, daß die U-Boote, soweit sie nicht ausgeliefert
würden, abzubauen seien. Artikel 189 setzt anderen-
seits ausdrücklich fest, daß die aus dem Abbruch der
deutschen Kriegsschiffe und U-Boote stammenden Ma-
terialien zu rein industriellen und Handelszwecken Ver-
wendung finden dürfen.

Die Denkschrift führt weiter aus, daß der schon U-
laufende Dieselmotor keine für Kriegszwecke ge-
eignete und geeignete Maschine sei. Die Leis-
tung und Raumersparnis seien seine Hauptvorteile bei
großer Leistungsfähigkeit, die die Häufigkeit seiner in-
dustriellen Verwendung erklärt. Es wird weiter ein
Ueberblick über die Art des Gebrauchs der Dieselmotoren
in Deutschland gegeben und an Hand von
einzelnen Beispielen aus der Industrie dargelegt, daß
eine Ersatzschaffung bei Zerstörung dieser Maschine in-
häufig nicht möglich sei. Es wird weiter darauf hin-
gewiesen, daß die Zerstörung der Dieselmotoren der
Lahmung ganzer Industrien gleichkomme
und weitere einschneidende Einschränkungen der deut-
schen Produktionskraft bedeuten würde. Zugleich wür-
den Tausende von Arbeitern brotlos gemacht und zu
unfähigem Leben verurteilt werden, was die Laster
und Gefahren für Deutschland unerträglich vermehren
würde.

Wie die „Voss. Ztg.“ aus Paris erfährt, hat die
Vorschaffungskommission eine Kommission beauftragt,
den Antrag der unter englischem Vorsitz stehenden inter-
alliierten Marinemission in Berlin auf Zerstörung der
Dieselmotoren zu prüfen und der Konferenz Bericht
zu erstatten. Der Bericht dieser Kommission liegt noch
nicht vor.

In diesem Zusammenhang ist es angebracht, auf
den tieferen Grund der Ententeforderung einzu-
gehen. Das größte Interesse an der Zerstörung der
deutschen Dieselmotoren hat zweifellos England, das
in der deutschen Motorenindustrie eine große Gefahr
für seine Kohlenindustrie erblickt. Auf den deutschen
Westen sind augenblicklich große Tankschiffe in
Auftrag gegeben, die in erster Linie zum Transport
von Kohöl, Benzin usw. bestimmt sind. Diese Schiffe
werden fast ausnahmslos mit Dieselmotoren aus-
gestattet, die sich aus verschiedenen Gründen gerade
für diese Art Dampfer besonders eignen. Einmal
nehmen sie nur einen kleinen Raum in Anspruch,
ferner kann der Brennstoff für die Dieselmotoren unmit-
telbar der Ladung entnommen werden. Dadurch wird
eine Menge Frachtraum frei, während bei den Schiffen
mit Kohlenfeuerung die großen Kesselanlagen sowie die
Borräume für die Bunkerstoffe einen großen Teil
des Frachtraumes einnehmen. Nun ist Deutschland al-
len übrigen Ländern in der Herstellung und der tech-
nisch-praktischen Ausprobung der Dieselmotoren weit
überlegen. Es würde voraussichtlich in kürzester Frist
eine ganze Anzahl von Tankschiffen fertigstellen und
in den Dienst des Kohöltransports stellen können, und
war würde es in der Lage sein, nicht nur den Kohöl-
bedarf des Inlandes zu decken, sondern könnte auch
die übrigen Staaten beliefern und damit — und das
ist der springende Punkt — allmählich die europäischen
Länder von den englischen Kohlenlieferungen unab-
hängig zu machen. England würde große Absatzgebiete
für seine Ausfuhrkohle verlieren und damit in sei-
nem Lebensnerv getroffen werden.

Diese Gefahr glauben die Engländer am besten
und gründlichsten durch die Zerstörung der Dieselmotoren
zu beseitigen. Die Entfernung der Dieselmotoren
aus den bereits gebauten Tankschiffen sowie die
Einrichtung der Schiffe auf Kohlenfeuerung würde,
so haben die Engländer mit ihrem letzten Ueberlegungs-
plan berechnet, so viel Zeit in Anspruch nehmen, daß
die unbehagliche deutsche Konkurrenz auf viele
Jahre hinaus ausgeschaltet wäre. Der Wieder-
aufbau der deutschen Handelsflotte wäre vereitelt.
Das ist der wahre Grund des Dieselmotorenverbots, das ein
Hauptschlag gegen das deutsche Wirtschaftsleben werden
sollte. Der einmütige Widerstand des deutschen
Volkes, der Industrie und der Arbeiterschaft, der Land-
wirtschaft und des Handels, wird jedoch dieses Attentat
rechtzeitig zu verhindern wissen.

Die Entwaffnung.

Der zweite Abschnitt der Aktion.

Der erste Teil der Entwaffnungsaaktion, der in
der freiwilligen Abgabe bestand, ist vorüber. Nach
Ansicht des Reichskommissars zur Durchführung der
Entwaffnung Dr. Peters ist das Ergebnis der frei-
willigen Waffenablieferung durchaus zufriedenstellend.
800 Gewehre, Minen- und Flammwerfer, 11 000 Ma-
schinengewehre und über 1 1/2 Millionen Handfeuer-
waffen sind an den Ablieferungsstellen abgegeben
worden.

Die Entwaffnung soll zunächst mit aller Ruhe
fortgesetzt werden. Es wird daran gedacht, bei den
jenigen, die zwar die festgesetzte Frist veräumt haben
aber schließlich doch noch die Waffen freiwillig abge-
ben, nicht auf Bestrafung zu drängen. Es wird
dann aber dazu übergegangen werden, dort, wo Ver-
dachtsgründe vorliegen, zu Durchsuchungen zu
schreiten. Es liegt in der Natur der Sache begründet,
daß die Zahl der Denunziationen einen sehr großen
Umfang angenommen hat. Hier wird zwischen denen
zu unterscheiden sein, die lediglich auf bedauerliche
Denunziationen sich aufbauen und durchweg der Be-
gründung entbehren, und denjenigen, bei denen ausre-
chende Anhaltspunkte vorliegen, sie für begründet zu
halten.

Zu den oben angegebenen Zahlen ist zu bemerken,
daß sie die Zahlen der Waffen enthalten, welche von
den Einwohnern als ihr Bestand angegeben wor-
den sind. Die hohe Zahl der Gewehre erklärt sich
daraus, daß hierbei sämtliche Feuerwaffen mit einge-
rechnet sind, die nicht eigentlich zu den Handfeuerwaffen
gehören, also außer Gewehren auch Minenwerfer, Gran-
atwerfer, Flammwerfer usw. In Bezug auf die
in Bayern befindlichen Waffen ist zu bemerken, daß
von bayerischer Seite in keiner Weise anders verfahren
worden ist wie sonstwo irgend im Reich. Die Waffen-
abgabe daselbst hat sich einwandfrei vollzogen und
auch die in den Händen der Einwohnern befindlichen
Waffen sind vorschriftsmäßig angemeldet wor-
den. Es liegt nach Ansicht der zuständigen Stellen
kein Anlaß vor, anzunehmen, daß in Zukunft die Ent-
waffnung in Bayern auf größere Schwierigkeiten sto-
ßen sollte als in anderen Gegenden.

Eine französische Note über die bayerischen Einwohner-
waffen.

Wie verlautet, hat General Rollet, der Vor-
sitzende der interalliierten Militärüberwachungskommis-
sion in Berlin, der Reichsregierung eine Note wegen
der Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren und
Selbstschutzorganisationen überreicht. Wie die „Mün-
chener Neuesten Nachrichten“ aus Berlin erfahren, hatte
der bayerische Reichstagsabgeordnete und Führer der
bayerischen Volkspartei Dr. Heim in dieser Angelegen-
heit bereits eine Besprechung mit dem Minister des

genßern Dr. Simons, über deren Ergebnis bisher noch nichts bekannt geworden ist.

In der Note weist General Rosset namentlich auf das vor kurzem in München abgehaltene Landesschießen der bayerischen Einwohnerwehren hin. Die Mitteilungen General Rossets, die bereits seit einigen Tagen dem Auswärtigen Amt unterbreitet sind, unterliegen zurzeit der Nachprüfung und Erwägung der Reichsregierung.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 30. Oktober 1920.

— Die Reichsregierung hat eine von dem Reichskohlenrat einstimmig anerkannte Kohlenpreiserhöhung mit Rücksicht auf die gesamten wirtschaftlichen Folgen abgelehnt.

— Der Wiedergutmachungsausschuss hat entschieden, daß die in M. e. l. registrierten Boote der Wiedergutmachungskommission überliefert werden müssen.

— Zum japanischen Vorkämpfer in Berlin ist der ehemalige japanische Gesandte in Schweden, Kiofi, ernannt worden.

— Die preussische Regierung hat gegen die 74 preussischen Beamten, gegen die anlässlich des Rapp-Busses an Strafverfahren eingeleitet war, jetzt das Disziplinarverfahren eröffnet, nachdem das Strafverfahren auf Grund dem Amnestieerlasses niedergeschlagen worden war.

Die Wahlordnung für die Wahl des Reichspräsidenten wird soeben im Reichsgesetzblatt veröffentlicht. Die Verordnung lehnt sich möglichst an die Reichswahlordnung an, berücksichtigt aber bereits die bei der jüngsten Reichstagswahl gemachten Erfahrungen. Die neue Wahlordnung wird vom Grundsatz möglichst Vereinfachung und Kostenersparnis sowie vermehrter Zentralisation der Wahlgeschäfte beherrscht. Die Einrichtung des Wahlscheines wird weiter ausgebaut, der Zwang, Wählerlisten in doppelter Fertigkeit aufzustellen, beseitigt, die Wahlzeit den verschiedenartigen Bedürfnissen in den einzelnen Wahlkreisen angepaßt. — Wann die erste Wahl des Reichspräsidenten stattfindet, steht noch nicht fest.

Die oberösterreichische Frage ist am Donnerstag im Reichstag lang und breit erörtert worden. Fast sämtliche Parteien haben sich mit der Verleihung der unbeschränkten Selbstständigkeit an Oberösterreich einverstanden erklärt. Nur der Sprecher der Deutschen, Graf Westarp, hielt es für geboten, die Reichsregierung nochmals eindringlich vor diesem Schritt zu warnen. Es sei zweifellos, daß die Art, in der Oberösterreich die Autonomie gewährt werden soll, den Eindruck würdevoller Nachlassens hervorrufe. Auch liege die Gefahr vor, daß die anderen Landesteile mit ähnlichen Forderungen an die Reichsregierung herantreten würden. Reichsminister des Innern Dr. Koch entgegnete sofort dem Redner, daß der Gesetzentwurf eingebracht werde, um die Stimmung der oberösterreichischen Bevölkerung für Deutschland zu stärken. Es sei auch von der Rückwirkung dieser Vorlage auf das übrige Deutschland gesprochen worden. Die Reichsregierung denke nicht daran, aus dieser Behandlung Oberösterreichs irgendeine weitere Ausnahme zugunsten anderer Landesteile zu folgern. — Im weiteren Verlauf der allgemeinen Aussprache dürfte das oberösterreichische Problem wohl noch öfters gestreift werden.

Die Brüsseler Wiedergutmachungskonferenz am 14. November. Die Brüsseler Zeitung „Soir“ meldet: Die deutschen Sachverständigen werden mit den Alliierten am 14. November in Brüssel zusammenkommen. Die Feststellungsakten sollen bis zum 25. November abgeschlossen sein.

Die Besteuerung des Grundbesitzes in Preußen soll die Mittel zur Deckung des Zweimilliarden-Fehl betrages für das Etatsjahr 1920 ergeben. Auf Wunsch des Parlamentes wird der Finanzminister baldmöglichst ein Gesetz über eine vorläufige Grundsteuer vorlegen, deren Grundlinien in einer interfraktionellen Besprechung festgelegt wurden. Die Grundlinien gehen vom Prinzip der Veranlagung nach dem Verkaufswert der Grundstücke aus. Der Steuerfuß soll 10 vom Tausend betragen, jedoch sollen nur mit halben Steuerfuß herangezogen werden: Unbebaute Grundstücke, wenn sie landwirtschaftlich oder gärtnerisch benutzt werden und wenn ihr gemeiner Wert im ganzen nicht mehr als 10 000 Mark und im Durchschnitt für ein Jahr nicht mehr als 200 Mark beträgt. Ferner unbebaute Grundstücke, deren Größe nicht mehr als 30 Aar oder deren Wert (ohne Gebäude) nicht mehr als 10 000 Mark beträgt, wenn die auf ihnen befindlichen Gebäude zur Hauptfläche Wohnzwecken zu dienen bestimmt sind und keine der in ihnen befindlichen Wohnungen einen für den 1. Juli 1914 vereinbarten oder tatsächlich gewesenen Mietwert über 3000 Mark hat. Für die Zeit vom 1. Januar 1921 bis 31. März 1922 wird neben der Steuer ein staatlicher Zuschlag von 50 Prozent erhoben. Bis zur Fertigstellung der Veranlagung nach obigen Grundätzen wird ein Vorschuß nach der Bemessung der Ergänzungsteuer-Veranlagung für 1917 bis 1919 erhoben, der auf die endgültige Veranlagung der Grundsteuer zu verrechnen ist.

Lokales und Provinzielles.

Seisenheim, 2. Nov. Der gestrige Feiertag war für unsere Stadt ein Gedentag besonderer Art. Am Allerheiligentage im Jahre 1820 wurde nämlich unser heutiger Friedhof eingeweiht und dort die erste Ruhestattung vorgenommen. Unser Friedhof ist damit am gestrigen Tage genau 100 Jahre in Gebrauch. Der erste Tote, der gleichzeitig mit der damals stattgefundenen Prozession auf dem Friedhofe zur Ruhe bestattet wurde, war Frau Barbara Bollinger, die Urgroßmutter des Herrn Joh. Walther im Burggraben.

Seisenheim, 2. Nov. Auf Veranlassung des Gewerkschaftsartell Unterhaingen sprach am Samstag Abend im „Frankfurter Hof“ Herr Dr. Fendt aus Wiesbaden über Haut- und Geschlechtskrankheiten. In seinem zweistündigen Vortrage an dem sich eine Reihe von Lichtbildern schloß, behandelte Redner in seinem ersten Teile die Hautkrankheiten wie Furunkulose, Varizelle usw. Besonders eingehend besprach er letztere. Man sei häufig der Meinung die Varizelle könne nur durch Infektion beim Friseur kommen. Dieses treffe aber in den meisten Fällen nicht zu, denn auch Frauen und Kinder können mit der Krankheit behaftet werden. Vielmehr würde sie durch andere Gebrauchsgegenstände wie Wäsche usw. übertragen. Auch

unser leider so schmutziges Papiergeld sei ein großer Bazillen-träger. Im zweiten Teile behandelte Redner sehr ausführlich die verschiedenen Arten der Geschlechtskrankheiten. Ueber diese einzeln zu berichten, würde zu weit führen. Redner führte aus, die Geschlechtskrankten seien häufig im Glauben, daß, wenn sie sich in ärztlicher Behandlung begeben, würden es die Ortsbehörden und Angehörigen erfahren. Diese Meinung sei falsch. Die Ärzte seien an eine solche Meldepflicht nicht gebunden und seien auch Gegner für eine solche. Seine Mahnung war frühzeitig zu einem approbierten Arzt zu gehen und sich nicht betören lassen von den vielen Anpreisungen der Kurpfuschern. Denn nur durch ein frühzeitiges und sachverständiges Eingreifen könne großes Unheil vermieden werden. Das erste Lichtbild zeigte uns eine Statistik aus dem Jahre 1900. Danach kamen in Preußen 28 Geschlechtskranke auf 10 000 Personen, in Berlin aber schon 148, in Städten über 30 000 Einwohner kamen nur 58, unter 30 000 Einwohner nur 28 auf 10 000 Personen. Am besten schnitt unsere damals gewesene Armee, mit nur 15 auf 10 000 Mann ab. Leider haben aber während des Krieges und durch den unglücklichen Ausgang desselben die Geschlechtskrankheiten sehr überhand genommen. Durch die schnelle Auflösung der Armee war es unserer Heeresleitung nicht möglich, den ins Auge gefassten Plan der Ausheilung der Haut- und Geschlechtskranke, durchzuführen. In weiteren Bildern zeigte uns Redner die Entstehungs-keime der Krankheit, dann ihre durch Vernachlässigung verursachten Folgen. Hier konnte man die gefährlichsten Bilder sehen, wo selbst schon Erstgeborene durch übertragene Keime mit der schrecklichen Krankheit, der Syphilis, behaftet waren. Des Redners Schlußbild war nochmals ein Mahnruf an alle, sich in vor kommenden Fällen vertrauensvoll und frühzeitig an einen approbierten Arzt zu wenden, denn nur dadurch könne die sehr am Volksnerv zehrende Krankheit eingedämmt werden. Die Anwesenden sollten dem Redner für seine sachlichen Ausführungen reichen Beifall. — Leider war der Vortrag nicht zu sehr beachtet und es ist zu bedauern, daß man hier für solche wissenschaftliche Vorträge so wenig Verständnis zeigt. Aber dieses soll nicht zurückschrecken. Hoffen wir, daß wir noch mehr auf sozialem Gebiet wissenschaftliche Vorträge hören.

Der Frostwetter hat sich ganz unvermittelt am Freitag in Nord- und Mitteldeutschland eingestellt. An einzelnen Orten wurden am frühen Morgen 3 Grad unter Null festgestellt. Der Grund für die starke Abkühlung ist ein ausgedehntes Hochdruckgebiet, das von Skandinavien die Ostsee überschritten hat und auf diesem Wege zu uns gekommen ist. Nach Ansicht der Wetterpropheten ist für die nächsten Tage mit einer Fortdauer des heiteren, aber kalten Wetters zu rechnen. Vermutlich aber wird das Frostwetter bald von einer milden Witterung abgelöst werden. Mit der Annäherung eines Tiefdruckgebietes wird wieder eine Erwärmung der Luft eintreten, die uns voraussichtlich richtiges Novemberwetter — trübe und zeitweise regnerische Tage bringen wird.

Fortfall der Weihnachtszeugnisse. Um vielfach gekünderten Wünschen aus beteiligten Kreisen Rechnung zu tragen, gestattet der preussische Unterrichtsminister künftig, daß die zu Weihnachten üblichen Zeugnisse an den höheren Lehranstalten und Mittelschulen überall da, wo Lehrkörper und Elternbeiräte einen solchen Beschluß fassen, bereits am 1. Dezember ausgestellt und den Schülern ausgehändigt werden können. Die Provinzialschulinspektoren und Regierungen sollen berichten, ob in ihrem Amtsbezirk das Bedürfnis, die Weihnachtszeugnisse für die Zukunft ganz auszusparen, vorliegt. Die Lehrkörper und der Elternbeirat an den einzelnen Anstalten sind dabei gutachtlich zu hören.

Zum Monatswechsel. „Wissen ist Macht“, sagt der Engländer, und wir haben keine Veranlassung an der Wahrheit dieses Wortes zu zweifeln. Gutes allgemeines Wissen sollte jeder Deutsche, der Wert auf seine Persönlichkeit und seine Arbeit legt, sein eigen nennen. Kein Mittel sollte unberührt bleiben, sich über alle Fragen, die im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen, zu unterrichten. Das ungeweihte, beste Mittel, das über alle Ereignisse des Tages und alle einschlägigen Wissensgebiete Aufschluß gibt, ist sicher die Zeitung. Nicht mit Unrecht hat man sie als das „tägliche Konversationslexikon des Gebildeten“ bezeichnet. Wer täglich in knapper, aber gediegener, allgemein verständlicher Form über alles Wissenswerte orientiert sein will, — wer Interesse an den amtlichen behördlichen und geschäftlichen Bekanntmachungen, an privaten Infektionen, an An- und Verkäufen, Auktionen usw. hat, — der muß die Zeitung seines Ortes lesen. Das uns bisher entgegengebrachte Vertrauen berechtigt uns zu der Hoffnung, daß alle unsere Leser auch im kommenden Monat wieder neue Abonnenten werden und noch recht zahlreiche neue unserer Zeitung zuführen. — Nicht unerwähnt soll bleiben, daß infolge großer Verbreitung dieses Blattes in aller Bevölkerungsschichten Inserate den denkbar größten Erfolg aufweisen. — Unser Verfehen wird nach wie vor bleiben, alle Wünsche unserer Leser und Freunde nach Möglichkeit zu befriedigen.

Rüdesheim, 29. Okt. Bureautrattus als Brücken-Schutzpatron. Die hohen Gebühren für die Benutzung der Hindenburgbrücke bei Bingen haben wir bereits beanstandet. Zum gleichen Kapitel erhält der „Frankf. Gen.-Anz.“ nun folgende Zuschrift: „An der Hindenburgbrücke Rüdesheim-Reipen übt sich St. Bureautrattus. An Eisenbahnzügen fuhr in diesem Jahre noch keine 50 über die Brücke, in der letzten fünf Wochen überhaupt keine. Für den allgemeinen Verkehr der Deutschen bis vor drei Wochen gesperrt, wurde die Brücke von den Alliierten, nicht nur von militärischen, sondern auch privaten Kraftwagen, Fuhrwerken usw. benutzt. Nur den deutschen Fußgängern gestattete man gnädigst den Verkehr über die mit ihrem Gelde gebaute Brücke. Das war doch nett von der Regierung! Die hohen Gebührensätze sind zum Teil verständlich, denn die Schienen sind mit Holzschwellen ausgelegt, welche einer starken Abnutzung unterworfen sind. Das rechtfertigt jedoch nicht im Tarif, daß schwere Lastauto mit Eisenbeladen dem leichten Personenauto gleichzusetzen, vom beladenen Fuhrwerk mit zwei Pferden den gleichen Satz zu verlangen, wie vom leeren Wagen mit einem Pferd. Daß jeder Wagen hin und zurück muß, daran hat wohl niemand gedacht. Die Fahrräder sind zwar gebührenfrei (Motorräder kosten

2 M.); jedoch darf der Radfahrer nicht den Fahrweg benutzen; er muß sein Rad 48 Treppentufen hinauftragen, fährt auf dem 1,40 Meter breiten Fußgängerweg, der so mangelhaft ist, daß meterlange, 8 Zentimeter breite Spalten die Fahrt lebensgefährlich machen und trägt dann geduldig sein Rad wieder 48 Stufen hinunter. Ein Grund, den Fahrweg für den Radler zu sperren, liegt überhaupt nicht vor. Auf beiden Ufern unterhält die Bahn-Beamte zur Ausgabe von 10 bis 12 Karten täglich, während der Stellwerksbeamte auf der Rüdesheimer Seite gemächlich zuschauend seine Pfeife raucht, da ihn nur alle Quartal ein Zug aus seiner Idylle aufschrecken läßt.“

Elville, 30. Nov. Wettbewerb Neubau Mathews Müller Elville. Das Preisgericht bestehend aus den Herren Professoren Paul Bonatz Stuttgart, Hans Haumann Aachen, Paul Meißner Darmstadt, Stadtbaurat Währing Leipzig und den Geschäftsinhabern der Firma Müller hat unter 269 Entwürfen folgende Arbeiten preisgekrönt: 1. Preis zehntausend Mark Kennwort „Rheinsporn“ Architekten Adolf Abel und R. Böhringer, Stuttgart. 2. Preis achtausend Mark Kennwort „M“ Diplom-Ingenieur Friedrich Otto, Rinn a. d. Nahe. 3. Preis sechstausend Mark Kennwort „Bachusbrunnen“ Professor Vieber und Regierungsbaumeister Holmbeck München. 4. Preis viertausend Mark Kennwort „Stromauf“ Brüder Siebrecht, Hannover. Außerdem wurden fünfzehn Entwürfe zu je zweitausend Mark angekauft. Auf Wunsch des Magistrats der Stadt Elville bleiben sämtliche Entwürfe bis zum zehnten November in der Schlitt-Schule Elville zur öffentlichen Besichtigung. Vom 12. bis 22. November werden die preisgekrönten und angekauften Entwürfe im Museum zu Wiesbaden ausgestellt.

Aus dem Rheingau, 29. Okt. Weinpreise. In Interessententreiben wird verbreitet, daß die preussische und bessische Domänen-Weinbauverwaltung einen Nachschuß auf die in den letzten Weinversteigerungen gebotenen Weinpreise gewähren würden. Nach den Entschliessungen der zuständigen preussischen und bessischen Ministerien kann ein solcher Nachschuß als unveranlaßt nicht in Betracht kommen.

Frankfurt, 28. Okt. Auf Grund einer Verordnung des Demobilisierungskommissars, wonach Personen, die außer ihrer Hauptbeschäftigung noch einer Nebenbeschäftigung nachgeben, sofort diese Stellung aufgeben müssen, um dadurch für Erwerbslose Platz zu schaffen, findet seit einigen Tagen in allen hiesigen Betrieben durch die Betriebsräte eine „Razzia“ auf derartige Leute statt. Wie wir hören, hat die Organisation der Betriebsräte bereits mehr als 10 000 Personen festgesetzt, die doppelte Beschäftigung haben. Darunter befinden sich etwa 1000, die im Hauptamt schon außerordentliche hohe Besoldungen erhalten. Diesen Doppeltbeschäftigten stehen in Frankfurt etwa 4100 Erwerbslose gegenüber, für die nun Raum durch Entlassung geschaffen werden soll. Außerdem sollen aus den Betrieben nach Möglichkeit alle jene Leute entfernt werden, die außerhalb Frankfurts wohnen und dort noch Besitzer von Baumgütern und dergl. sind. Hierfür kommen etwa 4500 Personen in Frage.

Aus Stadt und Land.

Verbrecher als „Abwühlungsbeamter“. Ein Millionbetrug ist bei der Abwühlungsstelle des aus der Tübingen Division hervorgegangenen Sturmbataillons Nr. 11 in Potsdam aufgedeckt worden. Die beiden Beamten der Abwühlungsstelle, ein Feldwebel Teubner und ein Zahlmeister Berndt, die sich durch große Ausgaben verdächtig machten, sind in einem Nachtlokal verhaftet worden. Die Kasse wurde von dem Feldwebel geführt, dem der Zahlmeister als Kontrollbeamter beigegeben war. Bis zu spät stellte es sich, wie die „Berl. Ztg.“ am Mittwoch berichtet, her, daß Berndt ein vielfach wegen Betruges und schwerer Irrenden falschung vorbestrafter Verbrecher ist, der nie das Zahlmeisterexamen gemacht hat. Die beiden haben, wie das Blatt erzählt, das Reich um viele Millionen geschädigt. Den beiden Leuten wurden Beträge bis zu 800 000 Mark in die Hand gegeben, mit denen die Entlassungsgelder der aus dem Meer auscheidenden Soldaten gezahlt werden sollten. Jetzt stellt sich heraus, daß nur die Leute ihr Geld bekommen haben, die mit Verschweigen und Anzeigen drohen. Auf einfache Mahnungen wurde überhaupt nicht reagiert. Die ganze Affäre soll mit der Verhaftung der beiden Verbrecher noch nicht abgetan sein und noch weitere Kreise ziehen.

Für mehrere 100 000 Mark Serum gestohlen. Aus der Wohnung des praktischen Arztes Dr. Goldschmidt in Hamburg sind bedeutende Mengen Serum in Werte von mehreren hunderttausend Mark gestohlen worden. Es handelt sich um Cholera-, Typhus-, Tuberkulose- und Gripferum, das in der Hand von Verbrechern großen Schaden anrichten könnte.

Eine viertel Million Kriegsanleihe beschlagnahmt. Bei einem Einbruch in Hamburg wurden vor acht Tagen für eine halbe Million 5prozentige österreichische Kriegsanleihen der Serie 245 mit den Zinsscheinen gestohlen. Der Diebstahl wurde auch der Berliner Kriminalpolizei gemeldet. Dieser Tage beobachtete nun ein Fahndungsbeamter in einem Lokal, wie zwei Männer österreichische Kriegsanleihebescheine abzulesen suchten. Es stellte sich heraus, daß es die in Hamburg gestohlenen waren. Die Wertpapiere wurden beschlagnahmt und die Verkäufer festgenommen. Wahrscheinlich waren die beiden auch an dem Diebstahl in Hamburg beteiligt. Sie wollen die Papiere natürlich von einem Unbekannten gekauft haben. Wo die noch fehlende Viertelmillion in Wertpapieren geblieben ist, weiß man noch nicht.

Raubüberfall auf einen Spielfuß. Ein unerhörter dreifacher Raubüberfall ist in der Bürgerweide in Hamburg ausgeführt worden. Der Vorfall war bekannt geworden, daß dort oft eine Gesellschaft zu sammenkam und verbotenen Spielen huldigte. Die Aushebung des Spielfußes wurde beschloffen. Beamte der Polizei fanden auch Zutritt zu den Räumen, wo ein Gesellschaft versammelt war, doch wurde nicht gespielt. Der Grund der Spielmüdigkeit zeigte sich der Beamten auch bald. Unbekannte Räuber waren bereits früher als die Polizei erschienen und hatten die an 31 Personen zählende Spielgesellschaft ausgeraubt. Zweoormumte Männer waren in den Spielfuß eingedrungen und hatten die Spieler mit Revolvern im Schach gehalten. Die Spieler mußten rubia mit ansehen, wie

man ihnen die Paletots, die Friestaschen, die Uhren mit Ketten und die Spielgelder abnahm. Die Raubgefallen raubten ferner den Spielern und Spielerinnen die Ringe, Ohrringe, Armbänder, Halsketten und mit diesem Raube sind die Räuber unerkannt entkommen. Sie haben eine Beute von mehreren 100 000 Mark gemacht.

„Zwischenfall in Opatowitz.“ In der Weindiele eines Opatowitzer Hotels erging sich ein polnisch gesinnter Leutnant der oberösterreichischen Abtuningspolizei, der in deutschen Heere Offizier geworden ist, in wüsten Schimpfworten auf Deutschland. Das erregte bei den Gästen darunter bei dem bekannten Ringkämpfer Koch, einen Elsfässer, Anstoß, der daraufhin den Leutnant zur Rede stellte und ihm bedeutete, daß er selbst als Elsfässer die Handlungsweise des Offiziers nicht billigen könne. Das versetzte den Leutnant derart in Wut, daß er mit dem Revolver auf Koch eindrang, der seinerseits der Leutnant nun zum Fenster hinauswerfen wollte. Nun durch das Dazwischentreten eines französischen Offiziers wurde größeres Unglück verhütet.

„Gewaltige Heringsfänge“ wurden in den letzten Tagen an der englischen Küste erzielt. Die Preise sind infolgedessen stark zurückgegangen. Am Freitag wurden allein in Lowestoft und Yarmouth 82 Millionen Stück Heringe gelandet. Wegen des gewaltigen Preisrückganges wurde der Befehl erteilt, die Heringsschiffe bis zum Montag im Hafen zu halten.

Neueste Nachrichten.

TU Düsseldorf, 2. Nov. Am 30. Oktober fand im Stahlhof zu Düsseldorf die 16. ordentliche Hauptversammlung des Arbeitgeberverbandes für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller statt. Dem vom Geschäftsführer Dr. Hoff erstatteten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der Betrieb fast sämtlicher Werke mehrfach unter Streiks gelitten hat, deren Ursache mit verschwindenden Ausnahmen auf politischem Gebiete lagen. Im Geschäftsbericht wird die Erwartung ausgesprochen, daß die im November 1918 gegründete Arbeitsgemeinschaft vielleicht die einzige Möglich-

keit gibt, eine wirkliche Gesundung unseres Wirtschaftslebens herbeizuführen. Jedenfalls habe die bisher geübte Art der Gemeinsamkeitsarbeit dazu beigetragen, unsere wirtschaftliche Lage vor schweren Erschütterungen zu bewahren. So hat die Arbeitsgemeinschaft der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie verhindert, daß der Generalstreik, der durch den Rapp-Bußch hervorgerufen war, nicht zu lange unser Wirtschaftsleben stillgelegt hat. Auch die Bewegung, die sich gegen den Steuerabzug richtete, konnte in kurzer Zeit aufgehoben und dem Gesetze Geltung verschafft werden.

TU Berlin, 2. Nov. Infolge der Arbeitsverweigerung von etwa 300 Mann der Belegschaft der Vorfahrtwerke in Berlin-Tegel sind gestern die gesamten Werke stillgelegt worden. Dadurch sind 5000 Arbeiter brotlos.

TU Spandau, 2. Nov. In Spandau brach gestern Nachmittag kurz vor 4 Uhr auf dem ausgedehnten Gelände des Südhafens in der dortigen Reparaturanlage der Berliner Metallindustrie G. m. b. H. ein Feuer aus, dem sämtliche Anlagen zum Opfer fielen. Die Spandauer Feuerwehr beschränkte sich darauf, das Nachbargelände vor überspringendem Feuer zu sichern. Die Werkstätten brannten vollständig nieder, mit ihnen wurde eine große Menge von Reparatur-Material ein Raub der Flammen. Der Schaden, der durch das Feuer entstanden ist, beläuft sich auf drei Millionen Mark.

TU Wien, 2. Nov. Die Mitglieder der hiesigen Reparationskommission reisen in der kommenden Woche nach Paris, um der dortigen Reparationskommission Anträge für den Wiederaufbau Österreichs zu unterbreiten. An erster Stelle steht die Bewilligung eines Rohstoff- und Lebensmittelkredits im Betrage von 25 Millionen Pfund Sterling, an zweiter Stelle die Frage eines Valutakredits, der es Österreich möglich machen soll, die späteren Erfordernisse an Rohstoffen und Nahrungsmitteln in Dollar und englischen Pfund zu bezahlen. Hierfür ist ein Betrag von ungefähr 65 Millionen Dollar in Aussicht genommen. Dadurch solle die Abrechnung in Kronen verhindert und

eine gewisse Stabilisierung der österreichischen Währung herbeigeführt werden. Der erstere Kredit soll noch im Laufe dieses Jahres bewilligt werden.

TU Wien, 1. Nov. Das Sanatorium „Wiener Wald“ in Bernitz wurde ein Raub der Flammen. Infolge eines schadhaften Kamins war Feuer ausgebrochen, das auf ein Zimmer übergriff und sich von dort aus auf das ganze Gebäude verbreitete. Die Patienten konnten glücklicherweise in Sicherheit gebracht werden.

TU Basel, 1. Nov. Der „Petit Parisien“ meldet: Prinz Paul befindet sich auf der Reise nach Athen. Er wird angeblich der Regierung persönlich ein Handschreiben seines Vaters, des Königs Konstantin überreichen, worin dieser den endgültigen Verzicht auf den Thron ausspricht. Die Krönung des Königs Paul in Athen zum König von Griechenland dürfte in den ersten Novembertagen vor sich gehen.

TU Paris, 1. Nov. Letzte Nacht 12 Uhr fand unweit Chartres ein schweres Eisenbahnunglück statt. Der von Paris nach Brüssel gehende Personenzug stieß einige Kilometer von Chartres mit einem aus entgegengesetzter Richtung in rasendem Tempo heraneilenden Güterzug zusammen. Die Lokomotive des Güterzuges schob sich in die des Personenzuges. Fast sämtliche Wagen beider Züge fielen um und wurden größtenteils stark beschädigt. Nur einige Wagen 3. Klasse des Personenzuges blieben verhältnismäßig verschont. Der Zugführer des Güterzuges ist tot, außerdem wurden 34 Personen verwundet. Hilfe war alsbald zur Stelle.

TU Rom, 2. Nov. Wie die Agentur „Volta“ berichtet, hat die italienische Regierung es abgelehnt, sich dem französischen Protest gegen das britische Vorgehen betr. Verzicht auf wirtschaftliche Verwaltungsmaßnahmen gegen Deutschland anzuschließen.

Bekanntmachung.

Diejenigen hiesigen Einwohner, welche sich i. Zt. zum Bezuge von Lohholz gemeldet, Holz aber noch nicht erhalten haben, werden ersucht, ihre Anträge erneut am 3. November d. J., vormittags von 8 bis 11 Uhr, bei der hiesigen Bürgermeisterei, Zimmer 7, zu stellen.

Einwohner, welchen Holz zugewiesen ist, deren Holzabfuhrschein aber noch nicht bei der Stadtkasse eingelöst haben, werden aufgefordert, nunmehr innerhalb 8 Tagen Zahlung zu leisten und das Holz abzufahren.

Geisenheim, den 2. November 1920.

Der Magistrat.

Entlade morgen Mittwoch an der Bahn
Ia. gelbe

Speise- und Futterrüben

per Zentner Mk. 22.—

Bei Mehrabnahme billiger.

Carl Dillmann, Geisenheim

Behlstraße 9

Telefon 265.

Buch- und Kunstdruckerei

Arthur Jander

Verlag der Geisenheimer Zeitung



Alle Drucksachen
für den privaten Bedarf,
für Handel, Industrie und
Gewerbe, sowie Behörden

Besten Erfolg

haben Inserate jederzeit in der
Geisenheimer Zeitung (20. Jahrg.)
Exp.: Winkeler Landstrasse 53b
Fernsprech-Anschluss Nr. 123.

Waschen Sie auch richtig?



Einweichen mit Dr. Gentner's Rotstern-Bleichsoda

Alsdann Einlegen in

Dr. Gentner's Salmiak-Serpentin-
Seifenpulver

Goldperle.

Der Schmutz löst sich von selbst.

Die Wäsche wird geschont!

Herstell.: Carl Gentner, Göppingen (Württemberg).

Englische Decken

in verschiedenen Farben

zur Anfertigung von **Ulster, Damenmäntel, Sport- und Jünglings-Anzügen** u. s. w.

Verkaufsstelle:

Peter Klee, Schneidermeister, Geisenheim

Weinstraße 5.

Nau & Bollenbach, Bingen

Rathausstraße 15 — Fernsprecher 506

empfehlen alle

Kellerei-Maschinen, Geräte und Bedarfsartikel

wie Pumpen, Filter, Schläuche, Korken, Kapseln, Kork- und Kapselmaschinen, Fassalg, Fasskitt, Hausenblase, Gelatine, Spunden, Spundlappen, Fassbleche, Fass- und Flaschenbürsten, Filtriermaterial etc.

Anfangs nächster Woche
werde ich wieder eine
Partie trüchtiger

Schafe

einkauf. Interessenten,
welche noch Schafe haben
wollen, können sich im
Laufe dieser Woche, bis
spätestens Sonntag Morgen
12 Uhr bei mir melden.
Feldpausch, Schäfer.

**Sekt-, Cognac-
Bordeaux-
Weinflaschen**

und
Literflaschen

kauft laufend zu den höchsten
Tagespreisen
Kirchstr. 25.

Neues Sauerkraut

Neueholl. Salzheringe

Rollmops

Tafel-Senf

**Lachsbrüchlinge u.
Kieler Brücklinge**

frisch eingetroffen.

Frau B. Rothhaupt Wwe.

Marktstraße 4.

Nehme Bestellungen
auf Winter-Obst,
Tafel- und Wirtschafts-
Äpfel u. Birnen entgegen

**Alle Sorten
Tafel- und
Wirtschafts-Obst**

fortwährend zu haben bei
Franz Rückert
Winklerlandstr. 47.

Eingetroffen:

4 Meter lange

Pflöcke,

Baumstüben,

Wasserpflöcke,

Bretter u. Latten.

C. Dillmann.

**Deutsch-Demokratische
Jugendgruppe**

Geisenheim a. Rh.

Vortrag

in der Jugendgruppe Winkel.

Morgen Mittwoch den 3.
Nov. findet um 7 Uhr
abends im „Sägensprung“ in
Winkel ein

Vortrag

des Herrn cand. rer. pol. E.
Lemmer - Wiesbaden über
„Einführung in die Politik“

statt. Unseren Mitgliedern
wird empfohlen, diesen Vor-
trag zu besuchen.

Der Vorstand.

**Stenographen-Berein
„Sabelsberger“**

Geisenheim a. Rh.

Dienstag den 2. November,
8 Uhr abends:

Abendkunde

für Fortgeschrittene im Gast-
haus „Zum weißen Roth“.

Der Vorstand.

**Stenographen-Berein
„Stolze-Schren“**

Geisenheim a. Rh.

Freitag den 5. November:

Abendkunde

im Gasthaus Kränkel.

Die Mitglieder werden ge-
beten, pünktlich und vollständig
zu erscheinen.

Der Vorstand.

**Rath. Gesellenverein
Geisenheim.**

Mittwoch den 3. November,
abends 8½ Uhr:

Vorstandsabstimmung.
Wichtige Besprechung.
Der Präses.

Hotel Restaurant, Cafe
Hotel zur Linde
Telefon Nr. 205.



**Rhinegraben
Ruderverein 1912**

Dienstag Abend 8 Uhr:
Monats-Versammlung.

Der Vorstand.

**Reichsbund der Kriegsbeschädigten,
ehemaligen Kriegsteilnehmer und
Kriegshinterbliebenen.**

Ortsgruppe: Geisenheim-Johannisberg.

Heute Dienstag Abend 8 Uhr
im Vereinslokal (Ehr. Ober):

Versammlung.

Tagesordnung:

1. Besprechung über die am
kommenden Sonntag statt-
findende Totenfeier.

2. Wohltätigkeits-Veranstal-
tung am 5. Dezember.

3. Bericht über die heute im
Kreishaus stattgefundene
Beratung.

Um vollständiges Erscheinen
bittet Der Vorstand.

**Freiwillige
Feuerwehr**

Geisenheim.

Mittwoch, 3. Nov.

abends 8 Uhr, im Vereins-
lokal „Deutsches Haus“

Versammlung.

Vollständiges und pünktliches
Erscheinen erwartet

Das Kommando.

**Gesangverein
Lieder-
kranz.**

Heute Dienstag und
Donnerstag Abend 8 Uhr:

Gesangstunde.

Vollständiges und pünktliches
Erscheinen erforderlich.

Der Dirigent.

**„Cäcilia“
Geisenheim.**

Vereinslokal Andr. Ober

Mittwoch Abend 8 Uhr:

Gesangstunde.

Pünktliches u. vollständiges
Erscheinen notwendig.

Der Dirigent.

**Rath. Kirchenchor
Geisenheim a. Rh.**

Heute Abend 8 Uhr: